1. **Nach Guantánamo verschleppt, weil sie nicht spionieren wollten**
   Der britische Inlandsgeheimdienst ist unter Druck. Dokumente belegen, dass der MI 5 zwei Moslems, die eine Zusammenarbeit abgelehnt hatten, beim US-Geheimdienst anschwärzte, was zur Verschleppung der Männer nach Guantánamo führte.
   Quelle: FR
2. **Jens Wernicke/Thorsten Bultmann: Netzwerk der Macht – Bertelsmann: Der medial-politische Komplex aus Gütersloh**
   In etwa 14 Tagen wird ein neues kritisches Buch über die Machenschaften des Bertelsmann- Konzerns erscheinen. Der Bertelsmann-Konzern ist nicht nur eines der größten Medienimperien der Welt; er ist – dank der Bertelsmann-Stiftung – auch einer der wichtigsten "Politikberater" im Land, maßgeblich beteiligt am Diskurs zur "Gerechtigkeit" von Studiengebühren und vielem mehr.
   Quelle: Linke Zeitung
3. **Über die Hälfte der Fusionen scheitert**
   "Über die Hälfte der Transaktionen, vor allem die feindlichen Übernahmen, erreichen ihr Ziel nicht", hat Wirtschaftswissenschaftler Felix Lowinski in einer Untersuchung für die Uni Witten-Herdecke herausgefunden. Vor allem bei der letzten großen Fusionswelle von 1993 bis 2000 habe eine überzogene und damit naive Vorstellung über die Wertsteigerung nach Fusionen geherrscht. Denn die Vorstände und ihre Berater starren vor einer Fusion nur auf die Zahlen, rechnen Umsatz und Rendite hoch und die Kosten runter. Aus der rein finanziellen Betrachtung ergeben sich dann die Synergieeffekte, mit der Fusionen Anlegern und vor allem Analysten schmackhaft gemacht werden.
   Quelle: taz
4. **Die WestLB hat sich an der Börse verspekuliert**
   Die WestLB hat durch Fehlspekulationen im Aktienhandel offenbar eine Menge Geld verloren. Es habe Regelverstöße im Eigenhandel der Bank gegeben. Ein WestLB-Sprecher betonte lediglich, der Verlust sei begrenzt. Nach Angaben der "Financial Times Deutschland" soll er sich aber auf 100 Millionen Euro belaufen. Die Wirtschaftszeitung gibt an, dass die Verluste durch Geschäfte mit Stamm- und Vorzugsaktien des Autokonzerns Volkswagen verursacht worden wären. Die WestLB-Händler hätten darauf spekuliert, dass die Kursdifferenz zwischen den beiden Aktiengattungen sinke. Die Wette sei jedoch nicht aufgegangen, weil der Autohersteller Porsche vor eineinhalb Wochen unerwartet seinen Anteil an den Volkswagen-Stammaktien auf mehr als 30 Prozent aufgestockt habe und sich die Preisdifferenz infolge dessen sogar noch deutlich erhöht habe.
   Quelle: manager magazin

***Anmerkung:*** *Das „verzocken“ von 100 Millionen Euro gilt also als „begrenzter“ Verlust.*
*Wer wohl diese Millionen ausgleicht?*

5. **Norbert Röttgen: “Gesetzliche Mindestlöhne stehen in Widerspruch zu anerkannten Werten und Normen unserer Gesellschaft”**
   Meint der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion und verhinderter Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Norbert Röttgen in der FAZ.
   Quelle: CDU/CSU-Fraktion

   ***Anmerkung:*** *Die Bezahlung von sittenwidrigen Hungerlöhnen, die nicht zum Überleben ausreichen, scheint für ihn aber unseren „anerkannten Werten und Normen der Gesellschaft“ zu entsprechen.*

6. **Hessisches Wissenschaftsministerium droht mit Massenexmatrikulationen bei einem Boykott der Studiengebühren.**
   Die studentische Vollversammlung der Fachhochschule (FH) Gießen-Friedberg hat am Mittwoch als landesweit erste Hochschule einen Boykott der ab Herbst zu zahlenden Studiengebühren beschlossen. Im hessischen Wissenschaftsministerium gibt man sich unbeeindruckt ob der Boykott-Drohung. Ministeriumssprecher Ulrich Adolphs sagte der FR, wer nicht zahle, werde exmatrikuliert, egal wie viele Studenten davon betroffen seien. Auch politisch habe man mit einer Massenexmatrikulation kein Probleme. “Für uns gilt Recht und Gesetz”, sagte Adolphs.
   Quelle: FR
7. **Tiefensee lobt PPP-Projekte und will sie erheblich ausweiten**
   “Deutschland hat bei PPP-Projekten gut aufgeholt, doch das Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir wollen den Anteil von PPP an den öffentlichen Investitionen von derzeit zwei bis vier Prozent mittelfristig auf das Niveau anderer Industrieländer heben, das bei bis zu 15 Prozent liegt. Wir werden verstärkt Pilotprojekte initiieren, die Rahmenbedingungen verbessern sowie den Aufbau eines föderalen PPP-Kompetenznetzwerkes mit den Ländern voranbringen,“ meint der Verkehrsminister.
   Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

   ***Anmerkung:*** *Von den zahllosen Fällen, dass die öffentlichen Hände draufzahlen oder vom offiziellen Bericht des Obersten Bayerischen Rechnungshof scheint man in der Bundesregierung keine Kenntnis zu nehmen.*

8. **Die BILD-Kampagne zur Rente geht weiter**
   Mit einer „Alarm"-Studieder der US-Investmentfirma Fidelity, die erstmals auch alle Privatvorsorge-Maßnahmen (z. B. Lebensversicherungen, Betriebsrenten, Riester-Renten) der Bundesbürger berücksichtigt. Obwohl viele der erwerbstätigen Deutschen bereits privat vorsorgen, droht im Alter eine drastische Versorgungslücke von durchschnittlich 44 Prozent. Im Klartext: Bei Beginn des Ruhestands verfügen die Bürger nur über 56 Prozent ihres letzten Brutto-Haushaltseinkommens!
   Quelle: BILD Online
9. **Tschechien plant Steuerparadies**
   Um bis zum Jahr 2012 eurotauglich zu werden, will die tschechische Regierung die Einkommensteuern senken – auf 15 Prozent. Profitieren würden die Gutverdiener.
   Quelle: taz
10. **Werner Vontobel: Lohndruck in der Schweiz von Deutschland**
    Drückt die Invasion der Deutschen die Löhne der Schweizer? Diese Frage galt bisher als politisch inkorrekt. Jetzt nicht mehr, denn niemand Geringeres als die Nationalbank hat sie mit einem klaren Ja beantwortet.
    Quelle: Blick
11. **Banker siegen in Wiesbaden**
    Gegen den Rat der meisten Sachverständigen hat der hessische Landtag Ende letzter Woche ein neues Sparkassengesetz verabschiedet, das über kurz oder lang die Tür für eine künftige Privatisierung der bisher öffentlich-rechtlich geführten Geldinstitute öffnen könnte. Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU hatte das Gesetz im Wiesbadener Landtag mit Unterstützung der FDP-Fraktion und gegen das Votum von SPD und Grünen durchgesetzt.
    Quelle: junge Welt
12. **Experten protestieren gegen die US-Pläne, den Raketenschild auf Europa auszudehnen.**
    Das Abschreckungspotential von Atomwaffen beruht darauf, dass ein nuklearer Angriff mit einem vernichtenden Gegenschlag beantwortet würde. Dieses Konzept der "Mutual Assured Destruction" (MAD) hat die Menschheit im Kalten Krieg vor der nuklearen Vernichtung bewahrt – doch es funktioniert nicht mehr, wenn eine Atommacht ihr Drohpotential verliert.
    Quelle: Spiegel Online